

28.04.2023

IHKs fordern bessere ÖPNV-Anbindung für Unternehmen

Kritik an Erreichbarkeit der Betriebe mit Bus und Bahn

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz begrüßt überwiegend die Einführung des Deutschlandtickets zum 1. Mai 2023. Laut einer aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Rheinland-Pfalz und im Saarland bewerten 87 Prozent der teilnehmenden Betriebe das neue Monatsticket positiv. Deutliche Kritik äußern sie jedoch an der Erreichbarkeit ihres Unternehmens mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Mit der Schulnote 3,7 im Durchschnitt aller Antworten wird das Angebot als nicht zufriedenstellend bewertet. Rund 40 Prozent der Befragten vergeben für die Anbindung ihrer Betriebe an Bus und Bahn sogar die Schulnoten 5 oder 6.

„Das Deutschlandticket kann besonders in großstädtischen Bereichen ein guter Anreiz sein, zum Umstieg auf den ÖPNV zu motivieren. Der Wegfall komplizierter Tarifsyste me und der günstige Preis von 49 Euro monatlich machen die Angebote attraktiv und tragen damit zum Klimaschutz bei“, sagt Arne Rössel, Hauptgeschäftsführer der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz. „In ländlichen Regionen, aber auch in den Gewerbegebieten vieler Städte fehlt es jedoch an geeigneten Anbindungen. Hier können Pendelnde nicht vom Deutschlandticket profitieren, weil schlicht kein Bus und keine Bahn fahren.“ Bei der Umfrage der IHKs zeigten sich rund 56 Prozent der antwortenden Unternehmen unzufrieden mit der ÖPNV-Anbindung zu normalen Geschäftszeiten, zu Tagesrandzeiten waren es rund 70 Prozent. „Mitarbeitende im Schichtbetrieb können häufig auf keinerlei Beförderungsangebot zurückgreifen. Für sie bleibt das eigene Auto unverzichtbar“, beschreibt Rössel die Herausforderungen der Verkehrswende. Zu den am häufigsten genannten Wünschen von Unternehmen gehörten eine höhere Taktung der Verbindungen, bessere Anbindungen in Randzeiten und am Wochenende sowie höhere Zuverlässigkeit und Qualität der Angebote.

„Entscheidend wird sein, in eine flächendeckend attraktive ÖPNV-Versorgung zu investieren. Ländliche Regionen dürfen genauso wenig abgehängt werden wie Gewerbegebiete. Mobilität hat ihren Preis“, betont Rössel. Der neue Landesnahverkehrsplan, der erstmals einheitliche Standards für den ÖPNV in Rheinland-Pfalz festlegen soll, könne hier wichtige Weichen stellen. „Die Kommunen dürfen nicht vom Land allein gelassen werden, wenn tatsächlich etwas für den Klimaschutz getan werden soll“, stellt Rössel klar. Dass Klimaschutz wichtig sei, zeige sich unter anderem daran, dass rund 48 Prozent der Unternehmen selbst betriebliches Mobilitätsmanagement umsetzten. „Zu den häufigsten Angeboten an Mitarbeitende zählen Fahrradförderung, Lademöglichkeiten für Fahrzeuge mit Elektroantrieb und Job-Tickets. Die Wirtschaft ist bereit, ihren Beitrag zum Klimaschutz und zum Erfolg des ÖPNV zu leisten.“

An der Umfrage im März 2023 haben sich rund 400 Unternehmen aller Größen und Branchen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland beteiligt. Die Umfrageergebnisse finden sich unter www.ihk-rlp.de/oepnv-umfrage (Link: <http://www.ihk-rlp.de/oepnv-umfrage>) .

ANSPRECHPARTNER

Standortpolitik

WILFRIED EBEL

Tel.: 0651 9777-920

Fax: 0651 9777-505

ebel@trier.ihk.de